

Berset trifft sich mit Donald Trump

WEF Bundespräsident Alain Berset wird sich nächste Woche am World Economic Forum (WEF) in Davos mit US-Präsident Donald Trump treffen. Dies teilte der Bundesratssprecher gestern mit. Die Modalitäten des Treffens sind aber noch unklar. Zudem würde noch über weitere Treffen, beispielsweise mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker oder der britischen Premierministerin Theresa May, diskutiert. Vereinbart wurde derweil ein Treffen mit dem indischen Ministerpräsidenten Narendra Modi. Zudem wird der Bundespräsident die Regierungschefs von Belgien, Israel und vom Libanon treffen. Vereinbart wurden ausserdem Zusammenkommen mit dem argentinischen Präsidenten Mauricio Macri, mit dem Präsidenten Zimbabwes, Emmerson Mnangagwa, dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame und dem Präsidenten Aserbaidschans, Ilham Alijew.

Viele Treffen stehen auch Aussenminister Ignazio Cassis bevor. Im Mittelpunkt steht die Beziehung zur EU. Für diese Gespräche wird er sich mit Johannes Hahn treffen, dem EU-Kommissar für europäische Nachbarschaftspolitik, der auch für die Beziehungen mit der Schweiz zuständig ist. Auch mit europäischen Aussenministern will er das Thema besprechen. (sda)

Sexualkunde darf Pflicht sein

EGMR In einem Urteil zum Sexualkundeunterricht im Kanton Basel-Stadt hält der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) fest, die Schweizer Behörden hätten die Ablehnung einer Dispensation von der Sexualkunde gut begründet. Die an den EGMR gelangte Familie hatte 2011 für ihre damals siebenjährige Tochter eine Befreiung vom Sexualkundeunterricht bis zur zweiten Primarschulklasse beantragt. Alle Schweizer Instanzen stützten den Entscheid der Schule, dass keine Befreiung von diesem Teil des Unterrichts gewährt werden müsse. Auch der EGMR kommt in seinem Urteil zu diesem Schluss. Er unterstreicht, ein wichtiger Bestandteil der Schulerziehung bestehe darin, die Kinder auf die Realitäten der Gesellschaft vorzubereiten. (sda)

Initiative für sauberes Wasser

Einreichung Die Trinkwasser-Initiative ist gestern in Bern mit 114 420 Unterschriften eingereicht worden. Sie fordert, dass künftig nur noch Landwirtschaftsbetriebe Subventionen erhalten, die auf den Einsatz von Pestiziden und vorbeugend verabreichte Antibiotika verzichten. Das Volksbegehren ist nach Einschätzung der Initianten, des Vereins «Sauberes Wasser für alle» dringlich. Denn der intensive Einsatz von Pestiziden, Antibiotika und riesigen Mengen an importierten Futtermitteln in der Landwirtschaft verschmutze die Gewässer und das Trinkwasser, zerstöre die Biodiversität, belastet die Böden und fördere die Entstehung der antibiotikaresistenten Bakterien. (sda)



«Die Kirche ist weder links noch rechts noch in der Mitte»: Martin Grichting, Generalvikar des Bistums Chur.

Bild: Corinne Glanzmann/LZ (Chur, 18. Januar 2018)

«Gläubige nicht vergraulen»

Kirche Versehen mit dem Jesus-Stempel, mache die Kirchenleitung immer wieder politische Vorgaben, sagt Martin Grichting. Der Generalvikar des Bistums Chur erklärt in einem neuen Buch, weshalb er das falsch findet.

Interview: Kari Kälin

Martin Grichting, die Bischöfe bekämpfen die No-Billag-Initiative. Ein Fehler?

Je mehr sich die Hierarchie zu tagespolitischen Fragen äussert, umso mehr entfremdet sie politisch anders denkende Gläubige der Kirche. Dabei geht es bei solchen politischen Themen nicht einmal um den Glauben an Gott, sondern um Fragen, die man als Christ so oder anders sehen kann. Ich zitiere dazu gerne Papst Johannes XXIII: «Die Bischöfe finden sich mehr der Versuchung ausgesetzt, sich über Gebühr einzumischen, und darum hat der Papst sie anzuleiten, dass sie davon Abstand nehmen, in irgendwelchen politischen Auseinandersetzungen Partei zu ergreifen oder sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden.»

Haben Sie Belege für die Entfremdung?

Wir erhalten im Bistum immer wieder Schreiben von Gläubigen, die sich im besseren Fall befremdet zeigen, weil sich Vertreter der Amtskirche mit politischer Schlagseite zu einem aktuellen Thema geäussert haben. Im schlechteren Fall treten sie aus der Kirche aus, oft, weil sie finden, die Kirchenvertreter stellen sie wegen «falschen» politischen Haltungen als moralisch schlechte Menschen hin.

Sie monieren, die Kirchenleitung bevormunde die Gläubigen im Namen Gottes mit politischen Vorgaben, zum Beispiel in der Migrationspolitik. Und sie mache das auf einseitige Weise. Zu links?

In der Schweiz sind die Positionsbezüge tendenziell links-grün, in anderen Ländern aber auch

rechts. Beides ist falsch. Denn die Kirche ist weder links, noch rechts, noch in der Mitte. Sie ist zuerst eine Religionsgemeinschaft mit der Botschaft: Gott hat dich geschaffen, er liebt dich und schenkt dir seine ewige Gemeinschaft. Natürlich hat dann der christliche Glaube auch Auswirkungen auf die Gestaltung der Welt. Aber je konkreter die Fragestellungen, desto weniger klar können Lösungen aus dem Evangelium direkt abgeleitet werden. Deshalb sollen sich die Laien mit ihrem weltlichen Sachverstand politisch einbringen, als Bürger und mündige Christen.

Vertreter der Amtskirche sind auch Staatsbürger. Ihr Aufruf zu politischer Enthaltensamkeit ist keine Bevormundung?

Ja, sie sind auch Staatsbürger und sollen ihre politischen Rechte wahrnehmen. Aber sie verfügen auch über eine religiöse Vollmacht. Die sollen sie betreffend die Glaubenslehre, die Seelsorge und die Leitung der Kirche ein-

setzen, aber nicht zur Bevormundung der Gläubigen bei Themen, zu denen man als Christ getrost dieser oder jener Meinung sein kann. Sonst besteht die Gefahr, dass der Klerus seine kirchliche Autorität missbraucht, um einer bestimmten politischen Haltung zum Durchbruch zu verhelfen.

Befürchten Sie ganz einfach mehr Kirchnaustritte?

Ich möchte Gläubige nicht vergraulen mit Stellungnahmen zu Themen, die nicht in die Kernkompetenz der Kirche fallen. Der grosse politische Denker Alexis de Tocqueville hat es einmal so formuliert: «Eine Religion, die ihre Autorität über die Beantwortung von Glaubensfragen hinaus ausdehnt, läuft Gefahr, überhaupt keinen Glauben mehr zu finden bei den Leuten.» Ich fürchte, diese Analyse ist richtig. Und darum müssen wir aufpassen.

Soll die katholische Kirche auch schweigen bei Themen wie «Ehe für alle»?

«Wir erhalten im Bistum immer wieder Schreiben von Gläubigen, die sich befremdet zeigen wegen politischer Äusserungen von Vertretern der Amtskirche.»

Hier geht es um eine Frage, die direkt den Glauben betrifft, im Gegensatz zur SRG, der Atomkraft oder dem Verkaufszeitpunkt von Tiefkühlpizzas. Die Aufgabe der Hierarchie ist es, den christlichen Glauben über die Ehe zu vertreten, auch öffentlich, was ja heute nicht gerade angenehm ist. Aber auch hier sollen dann die Laien, aufgrund ihres christlich gebildeten Gewissens, in der politischen Arena versuchen, dem Gehör zu verschaffen, was dem christlichen Glauben entspricht.

Zu welchen Themen soll sich der Klerus politisch äussern?

Äusserungen der Hierarchie sind immer dann angebracht, wenn der christliche Glaube als solcher betroffen ist, die Gebote Gottes oder die Menschenwürde, wie zum Beispiel bei der Frage nach dem Schutz des Lebens.

Papst Franziskus hat die europäische Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen oder die Klimawandelleugner gezeisselt. Würden Sie ihn dafür kritisieren?

Nein.

Nach der Lektüre Ihres Buches tönt das überraschend.

Nicht wirklich. In seinem formell wichtigsten Schreiben, der Enzyklika «Laudato si'» betont er, «dass die Kirche nicht beansprucht, die wissenschaftlichen Fragen zu lösen, noch die Politik zu ersetzen». Hingegen fordert er zu «einer ehrlichen und transparenten Debatte auf, damit Sonderbedürfnisse oder Ideologien nicht das Gemeinwohl schädigen». Der Papst kennt also sehr genau die Grenzen dessen, was die Kirche amtlich sagen soll und wo die Debatte dann anderen,

den Laien, überlassen werden soll. Ich lese viele seiner Äusserungen genau in diesem Sinn.

Franziskus wird dennoch als Politpapst wahrgenommen.

Zum Politischen nimmt er auch Stellung, das stimmt. Aber grundsätzlich wird sein Wirken seit fünf Jahren sehr einseitig wiedergegeben. Er ist, wenn man seine Verkündigung anschaut, primär ein Lehrer des Glaubens.

Wäre das Zusammenleben in der Gesellschaft friedlicher, wenn sich Vertreter von Religionen nicht in die Politik einmischen würden?

Ich denke, dass das Zweite Vatikanische Konzil einen Weg gezeigt hat, wie Religionen mit Wahrheitsanspruch in einer pluralistischen Gesellschaft sinnvoll wirken können: Die Hierarchie verkündet die unverrückbaren Glaubenswahrheiten, die Laien versuchen in der Politik und der Zivilgesellschaft, im eigenen Namen als Christen ihrem Glauben Gehör zu verschaffen. Das scheint mir ein Weg zu sein, den auch andere Religionsgemeinschaften, auf ihre Verhältnisse angepasst, gehen könnten. Ich sehe darin einen Weg, wie wir in einer pluralistischen Gesellschaft mit einer Vielzahl von Religionen miteinander friedlich umgehen können, ohne dass Religion zum desintegrierenden Faktor wird. Um eine Debatte darüber anzuregen, habe ich meine Schrift zu Kirche und Politik verfasst.

Hinweis

Martin Grichting (50) ist Generalvikar des Bistums Chur. Sein neues Buch heisst «Im eigenen Namen, in eigener Verantwortung. Eine katholische Antwort auf den Pluralismus». Verlag Fontis, 2018.